

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/19

Bonn, den 29. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |  | Zeilen |
|-------|--|--------|
| 1     | <u>Rainer Barzel und die 100 Tage</u><br>20 Jahre zählen nicht   | 38     |
| 1a    | <u>Nur Ausnahmefälle?</u><br>Die Unionsparteien und die NPD  | 24     |
| 1a    | <u>"...und ringsum kläffen die Hunde!"</u><br>...so "Christ und Welt"  | 25     |
| 2     | <u>Anwalt der Flüchtlinge</u><br>Lisa Korpeter zum 70. Geburtstag<br>Von Dr. Herbert Hupka, MdB                                    | 44     |
| 3 - 4 | <u>Bewegte EFTA-Parlamentarier</u><br>Neutrale Länder fürchten wirtschaftliche Isolierung<br>Von Egon C. Heinrich, z.Zt. Straßburg | 60     |
| 5     | <u>Schweiz auf Waffenhandel angewiesen?</u><br>Von Hermann Battaglia, Bern   | 45     |

Rainer Barzel und die 100 Tage

20 Jahre zählen nicht

sp - Bekanntlich sind hundert Tage nicht dasselbe wie zwanzig Jahre. Das weiß im allgemeinen schon jeder Grundschüler spätestens im dritten Schuljahr. Nur bei der CDU/CSU scheint sich das noch nicht herumgesprochen zu haben. Jedenfalls tut Dr. Rainer Barzel so, als ob dies der Fall wäre.

Herr Barzel hat aus Anlaß der hunderttägigen Existenz der Regierung Brandt/Scheel eine Broschüre herausgegeben. Darin lobt er die hundert Tage alte Opposition der CDU/CSU und wirft der Bundesregierung kümmerliches Versagen vor. Sie, die Bundesregierung, hätte Reformen angekündigt, deren Ansätze immer noch nicht sichtbar geworden seien.

Der Herr Rainer Barzel ist ein tüchtiger Mann. Aus vielerlei Gründen. Schon wenige Tage nach der Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 hatte er seinen schreibfreundigen Freunden den Auftrag gegeben, eine solche Broschüre vorzubereiten. Da wußte der Herr Barzel schon, was die Regierung Brandt/Scheel alles falsch, oder was sie überhaupt nicht machen werde. Er meinte damals trocken auch die Oppositionsrolle müsse gewissenhaft einstudiert werden, eine Bemerkung, die ohne Zweifel richtig ist.

Dann aber ist Herrn Barzel ein Fehler unterlaufen. Ihm und seinen Mitarbeitern gelang es nicht, das richtige Gleichgewicht zu finden. Das Gleichgewicht zwischen der Behauptung, die Regierung habe überhaupt nichts getan und der schon mehrere Male im Bundestag der Regierung erteilten Rüge, ihre Reformpläne seien unzureichend, entsprächen nicht den Erfordernissen der 70er Jahre oder seien sogar allzu kühn.

Das alles geht etwas durcheinander. Es wird auch dadurch nicht klarer, daß Herr Barzel völlig ignoriert, was die Regierung gerade in diesen Tagen zum Thema der hundert Tage gesagt hat und was in fast allen deutschen Zeitungen nachzulesen ist.

Und intelligenter wird Herrn Barzels Broschüre auch nicht, wenn man bedenkt, daß er eigentlich im wesentlichen das als Unterlassung der Regierung Brandt/Scheel ankreidet, was die CDU/CSU-Regierungen in fast zwanzigjähriger Regierungstätigkeit in der Bundesrepublik eigentlich hätten schon längst tun können und müssen.

Es bleibt dabei: Bekanntlich sind hundert Tage nicht dasselbe wie zwanzig Jahre.

+ + +

Nur Ausnahmefälle?  
-----

Die Unionsparteien und die NPD

sp - Auf die demokratische Grundsatztreue der Unionsparteien fallen trübe Schatten. CDU/CSU sind offenbar bereit, sich mit jedem zu verbinden, wenn sie sich davon Gewinn in ihrer Auseinandersetzung mit der SPD versprechen. Da gibt es keine Hemmungen. In Niedersachsen gibt es den "Fall Haas". Dieser frühere NPD-Landtagsabgeordnete will sich der CDU-Landtagsfraktion als Hospitant anschließen, andere NPD-Abgeordnete sollen folgen. Mit solcher Unterstützung hofft die CDU von Niedersachsen, die gegenwärtig mit der SPD bestehende Koalition aus dem Sattel zu heben und dann allein die Regierung bilden zu können. Das letzte Wort ist freilich noch nicht gesprochen, weil es auch in der niedersächsischen CDU Kräfte gibt, die vor einem Bündnis mit früheren NPD-Abgeordneten zurückschrecken.

Weniger skrupellos zeigt sich der CSU-Kreisverband von Ansbach in Bayern. Als Kandidaten für die am 8. März stattfindende Landratswahl nominierte sie einen Herrn Konrad Rosenhauer, einen Mann, den auch die NPD als ihren Kandidaten kürte. Der CSU-Kreisverband nahm daran keinen Anstoß, er findet die Angelegenheit in Ordnung.

Was werden der CSU-Landesverband Bayern und sein Vorsitzender Franz Josef Strauß nun tun? Billigen sie das Zusammengehen mit der NPD? Hier geht es um eine demokratische Grundsatzentscheidung. Wer mit der NPD, den Nachfolgern der Verderber Deutschlands packelt, nur weil es ihm in den Kram paßt, kann weder ein guter Demokrat, noch ein guter Europäer sein.

- + +  
"... und ringsum kläffen die Hunde!"  
-----

sp - "Christ und Welt", eine Wochenzeitung, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von straffkonservativen Journalisten gemacht wird und in früheren CDU-Glantzagen als Sprachrohr des weiland Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier herumgeflüstert wurde hat es sich in den Kopf gesetzt, zu den Blättern zu gehören, die regelmäßig ihr spitzes Messer wetzen um der sozialliberalen Bundesregierung Brandt/Scheel Nummer für Nummer ein Löchlein in die Haut zu bohren. Man kann das auch anderes, auf "Christ und Welt" sagen: "... und ringsum kläffen die Hunde."

So ähnlich hat man sich "konstruktive" Kritik, unter dem dann wohl mißverstandenen Übernamen "Christ und Welt", durchaus vorgestellt, als man, im Koalitions- und Regierungsbereich, die Frage erörterte, von welcher Seite man sich eigentlich Böses zu erwarten hätte. Tja und nun "kläffen ringsum die Hunde", und "Christ und Welt" kläfft eifrig mit.

Soll man sich darob erbosen und, weil man dieses Kläffen mit einem saftigkritischen Wort bedenkt, den hochgestochenen Vorwurf einhandeln, man wolle die Presse- und Meinungsfreiheit kränken, sie Restriktionen unterwerfen, sie der "Mittelmäßigkeit" anheimfallen lassen? Die berühmten 100 Tage der Anfangsphase der Bundesregierung Brandt/Scheel sind vorbei, "Christ und Welt" dräut: "Die Nachsicht schwindet", und so wird eben gebellt, nicht nur bei "Christ und Welt". Man wird sich daran zu gewöhnen haben, und dieses Drangewöhnen besteht auch darin, daß man "ringsum" die "Hunde kläffen" läßt. Schade, daß die Kritiker offensichtlich nichts anderes zustandebringen. Würden sie nicht nur kläffen, man würde gern auf sie hören.

+ + +

Anwalt der Flüchtlinge

Lisa Korpeter zum 70. Geburtstag

Von Dr. Herbert Hupka, MdB

Seit 1949 hat Lisa Korpeter, die am 31. Januar in Celle ihren 70. Geburtstag feiern kann, der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages angehört. Nicht nur aufgrund ihres eigenen Schicksals, unter den Mächthabern sowohl der NSDAP als auch der SED als Sozialdemokratin zu den "Unerwünschten" gehört zu haben, sondern vor allem dank ihres persönlichen Engagements für die am schwersten von den Schicksalsschlägen des Krieges und seiner Folgen Betroffenen hat sich Lisa Korpeter in den fünf Legislaturperioden des Deutschen Bundestages einen ausgezeichneten Namen erworben.

Wenn sie unermüdlich für die Gleichberechtigung der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland mit den Heimatvertriebenen eingetreten ist, so verharnte sie nie im blossen Postulieren, sondern versuchte durch Gesetzesinitiativen den Menschen, für die sie als bereiteter Fürsprecher im Bundestag und in der Öffentlichkeit auftrat und wirkte, spürbar zu helfen. Nur ungern war sie bereit, sich mit unvermeidlichen Kompromissen abzufinden wie zum Schluß ihres parlamentarischen Wirkens mit der 21. Lastenausgleichsnovelle. Daß in diesem sogenannten Leistungsgesetz für die Flüchtlinge aber der entscheidende Schritt zur rechtlichen Gleichstellung getan und die Hauptentschädigung für Flüchtlinge Gesetzeskraft erhielt, war der große Gewinn dieses Gesetzes, das nach langjährigem Mühen die Arbeit gelohnt hat.

Jedermann draußen im Lande war und ist diese einzigartige Leistung von Lisa Korpeter bekannt, auch wenn die Betroffenen nicht minder als vor allem die Politikerin nur zu gut wissen, daß auch dieses Gesetzeswerk noch nicht vollendet ist und der Verbesserung dringend bedarf. Da Lisa Korpeter auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag weiterhin mithilft, die rechtliche Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Vertriebenen bis in den letzten Gesetzestext zu vollenden, wurde erst vor kurzem deutlich, als unter ihrem Vorsitz ein Expertenkomitee des Vertriebenen- und Flüchtlingsbeirates beim SPD-Parteivorstand zusammentrat, um die SPD-Bundestagsfraktion in der Gesetzgebung für die Flüchtlinge und auch Vertriebenen mit Sachverstand zu beraten.

Als vor Jahresfrist der Bund der Mitteldeutschen gegründet wurde, war es geradezu selbstverständlich, daß Lisa Korpeter als Vizopräsidentin, die gleichzeitig auch das Amt eines Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden der Sowjetzonenflüchtlinge inne hat, berufen wurde. Aus Anlaß ihres Ausscheidens aus dem Deutschen Bundestag, in dem sie in den letzten Monaten der 5. Legislaturperiode den Ausschuß für Heimatvertriebene und Flüchtlinge geleitet hatte, überreichte ihr der Bundespräsident den Stern zu dem bereits früher verliehenen Schulterband des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland. Die Flüchtlinge aus Mitteldeutschland wissen über alle Parteischränken hinweg, daß sie in dieser kenntnisreichen und leidenschaftlichen Politikerin den besten Anwalt ihrer Sorgen besitzen.

+ + +

### Bewegte EFTA-Parlamentarier

---

Neutrale Länder fürchten wirtschaftliche Isolierung

Von Egon C. Heinrich, a.Zt. Straßburg

Besorgnis über die wirtschaftliche Zukunft einiger EFTA-Länder nach dem Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Norwegens zur EWG äußerten dieser Tage in Straßburg zahlreiche Parlamentarier aus den neutralen Mitgliedstaaten der Kleinen Freihandelszone EFTA. Im Rahmen der Januar-Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates trafen sich auch diesmal wieder die EFTA-Parlamentarier zu einer schon traditionell gewordenen Aussprache. Dabei war der Gegensatz zwischen jenen drei EFTA-Ländern, die bereits Beitrittsanträge zur EWG gestellt haben und den anderen EFTA-Staaten unverkennbar. Vor allem Abgeordnete aus Österreich und der Schweiz, deren Ländern ein Vollbeitritt zur EWG wegen ihrer Neutralitätspolitik unmöglich ist, zeigten sich beunruhigt über den mit Sicherheit zu erwartenden Zerfall der EFTA nach dem Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Norwegens zur EWG.

Hier kam die große Sorge zum Ausdruck, Österreich und die Schweiz könnten sich wirtschaftspolitisch isoliert außerhalb einer großen europäischen Wirtschaftsunion wiederfinden. Daher wurde von diesen Rednern nachdrücklich an die Solidarität der EFTA-Staaten appelliert. So erinnerte vor allem der Vorsitzende der Schweizer Sozialdemokraten, Fritz Grütter, an das gegenseitige Versprechen der EFTA-Staaten, bis zu einem Arrangement der EWG mit allen EFTA-Ländern zusammenzubleiben. Nach seiner Ansicht ist für die Schweiz eine Annahme des EWG-Vertrages unmöglich. Der Schweizer Historiker Hofer warf den EWG-Staaten sogar vor, sie wollten ein Europa auf dogmatischer Grundlage. Dies führe in eine Sackgasse, vielmehr müsse jedem Staat in Europa ein Platz zukommen. Die EFTA solle sich daher auf ein gemeinsames Konzept einigen. Das bedeutet in Klartext eine Ablehnung des von der EWG angestrebten Zieles eines europäischen Bundesstaates. Die neutralen EFTA-Staaten würden dagegen offenbar noch immer eine große europäische Freihandelszone vorziehen, die jedem

Staat wirtschaftliche Vorteile bringt, aber doch seine Souveränität fast ganz unangetastet läßt. Auch Bundeskanzler Willy Brandt hat auf der Haager Gipfelkonferenz Verhandlungen zwischen den EWG und den Neutralen gefordert, die in einer besonders schwierigen Lage sind.

Der österreichische Sozialist Karl Czernetz, der Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europarat ist, kritisierte, daß nach dem Kommuniqué der Haager Gipfelkonferenz Verhandlungen mit den nicht beitrittswilligen EFTA-Ländern erst später aufgenommen werden sollten. Er forderte Verhandlungen über Arrangements zwischen der EWG und den zur Neutralität verpflichteten EFTA-Staaten.

An der Konferenz der EFTA-Parlamentarier nahm als Vertreter des EFTA-Ministerrates der portugiesische Staatssekretär Xavier Pintado teil. Nach seiner Ansicht hat der Haager Gipfel das Klima für eine Erweiterung der EWG geschaffen. Portugal, das der EFTA angehört, könne zur Zeit nicht Vollmitglied der EWG werden. Die Anwesenheit des portugiesischen Regierungsvertreters nahm der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, der SPÖ-Nationalrat Dr. Bruno Pittermann, zum Anlaß, freie Gewerkschaften für alle EFTA-Staaten zu fordern. In seiner Antwort stellte Pintado für Portugal eine zunehmende Liberalisierung gegenüber Arbeitnehmern und Gewerkschaften in Aussicht. Man fürchte sich nicht vor der Freiheit und wolle moderne und freie Institutionen. In der Praxis seien die Gesetze in Portugal gar nicht sehr verschieden von denen anderer EFTA-Staaten. Diese Äußerungen Pintados, der offenbar zum progressiven Flügel der portugiesischen Regierungspartei zählt, haben in Straßburg gewisses Aufsehen erregt. Sie lassen darauf schließen, daß Portugal, ähnlich wie Spanien, um einer engeren Verbindung mit Europa willen zu weiteren Liberalisierungsmaßnahmen bereit ist. Es scheint, daß endlich auch auf der Iberischen Halbinsel die Zeichen des 20. Jahrhunderts verstanden werden.

## Schweiz auf Waffenhandel angewiesen?

Von Hermann Battaglia, Bern

Einen, wenn auch winzigen Anteil am Sieg Nigerias über Biafra "darf" auch die Schweiz für sich beanspruchen. Während für die Kriegsoffer gesammelt wurde, lieferte eine Schweizer Firma Kanonen nach Nigeria. Gegen gutes Geld. Obwohl nach den schweizerischen Bestimmungen Waffenexporte in Kriegsgebiete verboten sind, wurden Kanonen, Raketen und Munition außerdem noch nach Südafrika, Israel, Ägypten, Saudi-Arabien und nach dem Libanon verkauft. Die staatlichen Behörden, welche die bewilligungspflichtigen Exporte zu überwachen haben, waren schamlos getäuscht worden. Die "Bestellscheine" hatten auf ganz "harmlose" Länder gelautet.

Das schmutzige Geschäft mit "schwarzen Waffen" ist in der Schweiz Tradition. Schon im Spanischen Bürgerkrieg verfügten sowohl die Republikaner als auch die Franco-Truppen über Kriegsmaterial "Made in Switzerland". So wollte man es diesmal nicht bei der Empörung bewenden lassen. Im Parlament wurde durch einen sozialdemokratischen Vorstoß verlangt, die Regierung habe die Bedeutung der Waffenexporte für Armee und Wirtschaft, aber auch ihre Auswirkungen auf die Außenpolitik und die humanitären Bestrebungen zu untersuchen. Unter der Führung verschiedener Friedensorganisationen wurde ein Volksbegehren für vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot lanciert. Die Rüstungsproduktion sollte Sache des Bundes werden, der an vertrauenswürdige Personen und Unternehmen Konzessionen erteilen könnte. Die Waffenausfuhr wäre verboten. Eine Ausnahme würden die neutralen Staaten bilden, sofern Gewähr bestünde, daß das Kriegsmaterial von dort aus nicht in Drittländer weitergeleitet würde. Mit diesen Neutralen sollte auch eine waffentechnische Zusammenarbeit gesucht werden.

Die Landesregierung war sich der Tragweite und Kompliziertheit der ihr übertragenen Aufgabe bewußt und setzte vorerst eine Expertenkommission ein. Diese hat kurz vor Jahreschluß die Ergebnisse ihrer Expertise vorgelegt: Die Schweiz braucht aus militärischen Gründen eine eigene Rüstungsindustrie, die nur auf privater Basis betrieben werden kann. Eine Zusammenarbeit mit neutralen Ländern ist wegen den unterschiedlichen Voraussetzungen nicht möglich. Die Ausfuhr lediglich in die neutralen Länder genügt nicht. Damit aber nicht alles beim Alten bleibe, schlug die Kommission eine verschärfte Ausfuhrkontrolle vor.

Das Initiativkomitee für ein Waffenausfuhrverbot hat nicht nur in schärfster Kritik gemacht, sondern fordert vom Bundesrat einen Zusatzbericht. Es ruft die Stimmbürger zudem auf, das Volksbegehren jetzt erst recht zu unterschreiben. Zwar rechnet man sich selbst für eine Volksabstimmung keine großen Chancen aus. Aber man hofft immerhin, mit dem Vorstoß eine vertiefte grundsätzliche Diskussion um Rüstungsfragen und Waffenexporte erreichen zu können. Es bestehe die Gefahr, daß man sonst allzu rasch zur Tagesordnung übergehe, um beim nächsten Skandal dann wieder Empörung zu zeigen. Angesichts der Tatsache, daß Banken und Wirtschaft in der Schweiz eine "erstklassige" politische Rolle spielen, ist diese Auffassung nicht so abwegig.